

■ **DIE DRITTE**

Mayer fordert mehr Europa

Oldenburger Münsterland. Die Euro-Krise ist vor allem eine „Krise von mangelnder Europäisierung“. Das sagt der heimische CDU-Europa-Parlamentarier Professor Dr. Hans-Peter Mayer. ► SEITE 3

Europa-Politiker: „Nationales Denken bremst Europa aus“

Parlamentarier Hans-Peter Mayer aus Vechta über die derzeitige Krise und sein Verhältnis zu griechischen Kollegen

VON ANGELIKA HAUKE

Oldenburger Land. Es geht nicht nur um den Rettungsschirm. Und nicht ausschließlich um Geld. Nur eine kontrollierte Flucht nach vorn, hin zu mehr Europa, kann Griechenland retten. Davon ist Professor Dr. Hans-Peter Mayer überzeugt. Der Europapolitiker aus Vechta vertritt elf Landkreise, das Bundesland Bremen und drei kreisfreie Städte in Brüssel.

Der Ursprung der Krise liegt laut Mayer keineswegs nur in den maroden Verwaltungssystemen mancher Staaten, sondern ist vielmehr „eine Krise von mangelnder Europäisierung“. Damit die EU handlungsfähig bleibt, müssen mehr Entscheidungen überstaatlich getroffen werden. Griechenland raus aus der Europäischen Union? „Das Land ist Teil unserer Union und muss es auch bleiben“, stellt Mayer klar.

„Das Verhältnis zu meinen griechischen Kollegen ist nach

wie vor unverändert gut. Die Krise ist zwar ein allgegenwärtiges Thema, die bestehenden Freundschaften werden jedoch keineswegs belastet“, schildert Mayer die Atmosphäre in Brüssel. Die Zusammenarbeit ist enger geworden und der Kontakt spürbar intensiver. „Auf beiden

die griechischen Abgeordneten ziehen am gleichen Strang.

„Beiden ist bewusst, dass nur eine Neuordnung Griechenlands die strukturellen Probleme beseitigen kann. Bei der Umsetzung sind sicherlich unterschiedliche Vorstellungen vorhanden.“ Grundsätzlich besteht

für den Euro und für den Verbleib in der Eurozone aus.

Neuordnung braucht Zeit. Es wurden bereits viele Reformen umgesetzt, deren Konsequenzen direkt spürbar sind. „Entlassungen im Staatsdienst“, nennt Professor Mayer ein Beispiel. Die eigentliche Neuordnung Griechenlands findet auf einer anderen Ebene statt. „Sie betrifft die Gesetze in Griechenland und muss von den Bürgern erst einmal aufgenommen und akzeptiert werden.“

Die Frage nach den Mitteln zur Umsetzung ist nur sekundär, meint Mayer. Da allein seit 2009 fünf verschiedene Ministerpräsidenten in Griechenland ihr Amt antraten, muss sich ein konsistentes politisches System erst etablieren, an dem sich die Bürger orientieren können. „Darüber hinaus ist ein speziell auf Griechenland zugeschnittenes Wachstumspaket nötig, um den Teufelskreis von restriktiver Finanzpolitik und Rezession zu durchbrechen.“ Vor dem Hinter-

grund des aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichts zeigt sich mehr als deutlich, wie sehr sich die Durchsetzung der Hilfsmaßnahmen für europäische Krisenländer verzögert, wenn europäische Politik durch einzelstaatliche Prüfung zum Stillstand kommt.

Die nationale und regionale Politik orientiert sich nicht langfristig, sondern von Wahl zu Wahl. Gerade in Deutschland, wo die Bundesländer viel Mitspracherecht haben, aber auch in Griechenland, leiden laut Mayer vernünftige politische Entscheidungen unter dieser kurzfristigen Orientierung.

„Das Europäische Parlament hat keinen Einfluss auf die Entscheidungen der nationalen Abgeordneten. Sowohl Parlament als auch Kommission setzen sich für eine einheitliche und engere Politik ein, um Behinderungen durch Nationalstaaten zu verhindern“, zeigt Hans-Peter Mayer den langfristigen Kurs der Europapolitiker auf.



Foto: Europäische Union

„Die Probleme in Griechenland sind viel tiefergreifender als nur von finanzieller Natur“

Hans-Peter Mayer (CDU),
Europaparlamentarier

Seiten wird versucht, die Umstände in Griechenland auf der einen Seite und die Notwendigkeit der Forderungen der Troika auf der anderen Seite, zu verstehen.“ Wirtschaft, sagt Mayer, besteht nicht nur aus Zahlen, sondern ist vielmehr ein psychologischer Mechanismus, der auf Erwartungen und Vertrauen beruht. Die jetzige Regierung und

aber Einigung darüber, dass die Reformen schnell ausgearbeitet und umgesetzt werden müssen. Dabei spielt laut Mayer die Qualität der Reformen eine größere Rolle als die Quantität. „Weitere Kürzungen und Sparmaßnahmen sind mittlerweile fast nicht mehr möglich.“ Die griechische Regierung und die griechischen Abgeordneten sprechen sich klar